

# INFORMATIONEN

## zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Frankfurt/Main

### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die zyklischen Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft haben sich in den letzten Monaten vertieft und ausgebreitet. Die Industrieproduktion lag in allen kapitalistischen Ländern im letzten Vierteljahr 1980 unter dem Vorjahresstand, lediglich in Japan konnte noch ein kleiner Zuwachs erzielt werden. Aber auch dort hat sich die Inlandskonjunktur abgeschwächt, nur die relativ günstige Position im Außenhandel hat bis jetzt einen Einbruch verhindert.

In der Bundesrepublik hat sich der zyklische Rückschlag zum Jahresende hin weiter beschleunigt, der Produktionshöhepunkt von Februar/März des abgelaufenen Jahres wurde um etwa 8 Prozent unterschritten. Die Auslastung der Kapazitäten in der Industrie ging im Dezember auf 79,9 Prozent zurück, 6 Prozentpunkte weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Lagerbestände sind trotz rückläufiger Aufträge vor allem aus dem Inland und trotz rückläufiger Produktionsziffern noch gestiegen, so daß der Produktionsrückgang schon allein aus lagerzyklischen Gründen noch anhalten dürfte.

Von der ursprünglich schon fürs Frühjahr erwarteten Belebung der Konjunktur sind keinerlei Anzeichen sichtbar, so daß die offiziellen und offiziösen Konjunkturprognosen zum Jahresbeginn 1981 zurückgenommen werden mußten. Die gegenwärtige zyklische Krise scheint sich inzwischen zu einem der schärfsten Einbrüche in der Wirtschaftsgeschichte der BRD zu gestalten, dessen soziale Auswirkungen bereits jetzt einschneidender sind, als die der Krise von 1974/75.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion in der Wirtschaftspresse steht die im abgelaufenen Jahr verschlechterte Außenwirtschaftliche Seite. Der Überschuß im Außenhandel ist auf knapp unter 10 Milliarden DM gesunken, das Defizit in der Leistungsbilanz erreichte 28 Milliarden. Die bisher an ununterbrochene Aufwertung gewohnte DM mußte auf den Devisenmärkten vor allem gegenüber dem Dollar empfindliche Einbußen hinnehmen.

Diese Entwicklung unterstreicht aber nur, daß die Bundesrepublik auch international keine Sonderrolle mehr spielt. Die Verschlechterung der Ergebnisse im Bereich der Außenwirtschaft ist nicht auf eine un-

günstigere Konkurrenzposition gegenüber den kapitalistischen Konkurrenten zurückzuführen, sondern eine Folge der stärkeren Stellung der Entwicklungsländer, insbesondere der OPEC-Staaten. Der Bundesrepublik ist es lediglich nicht mehr gelungen, diese Probleme auf andere kapitalistische Länder abzuwälzen. Eine wirtschaftspolitische Strategie, die durch Druck auf Löhne und Sozialausgaben die außenwirtschaftliche Sonderrolle wiederzugewinnen hofft, stößt an die Grenzen sich relativ verengender Weltmärkte. Daher ist es notwendig, der bisher verfolgten einseitig außenwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung eine auf Stärkung der Binnenmärkte gerichtete Strategie entgegenzusetzen.

Dies erfordert vor allem eine Stärkung derjenigen Faktoren, die über den privaten und öffentlichen Verbrauch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhen. Die unvermindert andauernde Inflation hat 1980 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik den Anstieg der Nettoarbeitseinkommen überstiegen, so daß die Reallöhne je Beschäftigten um rund ein halbes Prozent im Durchschnitt gesunken sind. Die bevorstehenden Preiserhöhungen vor allem im administrativ-staatlichen Bereich lassen eine Preisberuhigung im laufenden Jahr kaum erwarten.

Die aktuelle Entwicklung widerlegt die Krisenerklärung der Unternehmer und der konservativen bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstitute, die Krisen und Wachstumsschwäche als eine Folge der ungünstigen „Angebotsbedingungen“, das heißt der Belastung der Unternehmergevinne durch hohe Löhne und Steuern, bezeichnen. Denn seit 1975 haben sich die Verwertungsbedingungen des privaten Kapitals ständig verbessert, der gesamte Konjunkturzyklus 1974/1980 war durch eine Umverteilung zugunsten der Gewinne gekennzeichnet. Dies belegen auch die Berechnungen des Sachverständigenrates.

Trotz dieser durchgreifenden Besserung der Gewinne steht die Bundesrepublik vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die größer sind als Mitte der siebziger Jahre. Die Arbeitslosigkeit, angeblich eine Folge zu hoher Löhne, geht auf einen neuen Rekord zu, obwohl die Lohnquote selbst nach unternehmerfreundlichen Berechnungen auf den Stand von 1970/71 zurückfiel.

Nr. 1/1981 – März

Trotz dieses Fehlschlags der konservativen Krisenrezepte wird der wirtschaftspolitische Kurs der Umverteilung, der Kürzung der Sozialausgaben bei gleichzeitigen Steuersenkungen für die Unternehmer, fortgesetzt. Die Bundesregierung nimmt nun auch offiziell Abschied vom Vollbeschäftigungsziel. Ausgabenkürzungen vor allem im Bereich der sozial wirksamen öffentlichen Investitionen und die vom Standpunkt der Konjunktur geradezu widersinnige erneute Verschärfung der Hochzinspolitik der Bundesbank Ende Februar machen deutlich, daß diese Wirtschaftspolitik Arbeitslosigkeit und Krisen bewußt in Kauf nimmt, um die Verteilungsposition der Unternehmer langfristig weiter zu stärken und das private Kapital noch rentabler zu machen. Das Ziel „Stärkung der Unternehmergevinne“ ist dabei zu einem eigenen Wert geworden, dem andere Ziele, wie die Erhaltung der Arbeitsplätze, Preisstabilität und selbst das Wirtschaftswachstum, nachgeordnet werden.

#### INHALT:

##### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1980
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

##### 2 Unternehmergevinne und Konzentration

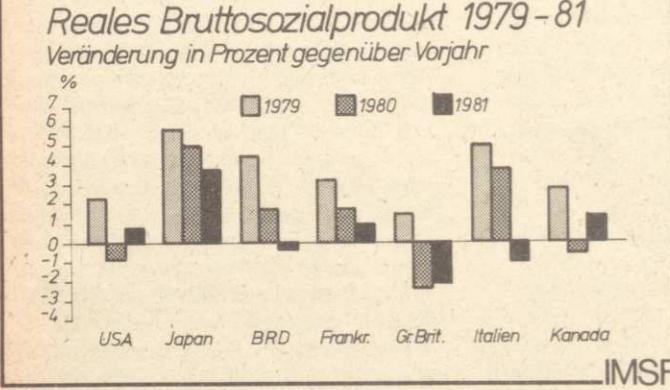
- 2.1 Unternehmergevinne
- 2.2 Konzentration

##### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Einkommensverteilung
- 3.5 Tarifaktionen
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

## 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1980

Das achte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist mit für die kapitalistische Weltwirtschaft enttäuschenden Ergebnissen zu Ende gegangen: Das Vorjahr war gekennzeichnet von einer Stagnation des Bruttosozialprodukts (+1 Prozent ca.), einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit auf 23 Millionen, das einer Arbeitslosenquote von 6,5 Prozent entspricht, und einer Beschleunigung der Inflation auf mehr als 10 Prozent. Für das laufende Jahr prognostiziert die OECD keine nennenswerte Verbesserung in bezug auf Wirtschaftswachstum und Inflation und eine wachsende Zahl von Arbeitslosen, die Mitte 1982 auf 25,5 Millionen ansteigen könnte. Im ersten Halbjahr 1982 werde es voraussichtlich zu einer Steigerung des BSP um 3 Prozent kommen, so daß sich die OECD bemüht fühlt, von einer Wiederbelebung der Konjunktur zu sprechen. Magere Zeiten für den Kapitalismus, wenn schon ein Zuwachs des BSP um 3 Prozent genügt, um von einem Wirtschaftsaufschwung zu reden, wo doch derartige Zuwachsraten in den fünfziger und sechziger Jahren eher als Stagnation bezeichnet wurden!



In ihrer Schrift „La croissance de la production 1960–1980“ („Das Produktionswachstum 1960–1980“), die im Dezember 1970 veröffentlicht wurde, wagte es die OECD, eine Beschleunigung der jährlichen Wachstumsraten von 4,7 Prozent zwischen 1960 und 1970 auf mehr als 5 Prozent in dem darauffolgenden Jahrzehnt für die OECD-Länder insgesamt vorauszusagen. Zunächst sah es so aus, als ob die tatsächliche Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft die OECD-Prognose noch übertreffen würde, aber dann führte die stark inflationierte Wirtschaftsexpansion 1973 zu einer streng restriktiven Wirtschaftspolitik, die die kapitalistische Weltwirtschaft 1974–75 in ihre erste Krise nach 1945 hineinsteuerte. Dennoch wurde diese Krise in zahlreichen Ländern lediglich als eine Verschnaufpause verstanden, die schon bald von einer neuen Expansionsphase wie in den fünfziger und sechziger Jahren abgelöst werden würden: So sah die offizielle Prognose für die USA für den Zeitraum 1976–80 eine Steigerung des BSP um 6 Prozent jährlich, eine Verminderung der Inflationsrate auf 5,5 Prozent und eine Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent 1980 voraus; in Wirklichkeit ist das BSP nur um knapp 3 Prozent jährlich gestiegen, die Inflationsrate betrug mehr als 9 Prozent, und die Arbeitslosenquote übertraf Ende 1980 8 Prozent.

Inzwischen scheinen die bürgerlichen Ökonomen vorsichtiger geworden zu sein: Eines der renommiertesten Wirtschaftsforschungsinstitute der USA, die Wharton School, prophezeite für das Jahr fünf 1981–85 eine jährliche Zunahme des BSP der OECD-Länder von nur 3 Prozent. Die enttäuschende Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft in den siebziger Jahren und die nicht gerade rosigen Perspektiven für die achtziger Jahre veranlaßten einen der seriösesten bürgerlichen Ökonomen, Zweifel selbst an den Überlebenschancen des Kapitalismus zu äußern: „Einer der Kernpunkte meiner Argumentation ist der, daß die heutige Wirtschaft zu segmentiert ist, als daß die zu undifferenzierte, globalgesteuerte Aktion der Keynesianischen Wirtschaftspolitik Erfolg haben könnte... die Reformisten hatten ein übermäßiges Vertrauen in den Kapitalismus und in seine Fähigkeit, zu fliegen, selbst wenn man ihm die Flügel stutzt... Um die heute anstehenden Probleme wirksam zu lösen, müßte die neue Wirtschaftspolitik vielleicht zu gezielt oder zu rigoros sein, um mit dem Geist des Kapitalismus noch vereinbar zu sein“ (Tibor Scitovsky, **Le capitalisme peut-il survivre?** [Kann der Kapitalismus überleben?], in „Chronique“).

ques d'Actualité de la S.E.D.E.I.S., Nr. 20, 15. November 1980, S. 653).

Nach einer Zunahme von 5,4 Prozent 1979 wies die Industrieproduktion der größten kapitalistischen Länder 1980 einen Rückgang um 0,5 Prozent auf: Wie aus der Tabelle hervorgeht, trat die negative Entwicklung im 2. Semester des Jahres in allen 7 Ländern deutlich zutage; im letzten Quartal nahm die Produktion, wenn auch geringfügig, nur in Japan zu. Die leichte Erholung der Industrieproduktion im 4. Quartal gegenüber dem 3. in den USA wurde von vielen Beobachtern als Zeichen eines beginnenden Wirtschaftsaufschwungs gewertet, aber die Entwicklung aller anderen konjunkturellen Indikatoren weisen nicht eindeutig in eine solche Richtung.

### Veränderung der Industrieproduktion 1979–1980 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1979	1980 <sup>1</sup>			
		Jahr <sup>2</sup>	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
USA	4,4	-4,0	-0,2	-5,0	-6,9
Japan	8,2	6,5	11,3	8,9	4,3
BRD	5,7	0,5	6,0	1,7	-2,5
Frankreich	4,4	0,5	-4,3	—	-3,3
Großbritannien	3,6	-7,0	-0,9	-8,5	-9,6
Italien	6,8	5,0	10,6	10,9	1,3
Kanada	4,5	-2,0	0,6	-2,1	-3,8

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre

2 Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

1980 hat die Arbeitslosigkeit eine neue Rekordmarke nach 1945 erreicht: In den sieben Ländern war sie im 2. Halbjahr mit 17,3 Millionen um 2,5 Millionen höher als im Krisenjahr 1975. Mit 6,5 Prozent der Arbeitskräfte war die Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie 1970. Ende 1980 registrierte die Arbeitslosigkeit in Großbritannien mit 2 Millionen und in Frankreich mit 1,5 Millionen Arbeitslosen ihren historischen Höhepunkt in den letzten 35 Jahren. Alle Prognosen stimmen darin überein, daß sich die Lage am Arbeitsmarkt 1981 noch verschlechtern wird.

### Arbeitslosigkeit 1978–1980 in den größten kapitalistischen Industrieländern

	1978	1979 <sup>1</sup>		1980 <sup>1</sup>	
		Jahr	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
USA	6047	5963	5890	6046	7099
Japan	2500	2300	2300	2400	2100
BRD	993	876	899	842	833
Frankreich	1167	1350	1330	1364	1426
Großbritannien	1376	1307	1330	1277	1435
Italien	1571	1698	1685	1709	1711
Kanada	911	838	860	814	870
Zusammen	14565	14332	14294	14452	15474

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre

2 Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Im Vorjahr hat sich das Inflationstempo stark beschleunigt: Im Durchschnitt der sieben Länder stieg die Teuerungsrate der Verbraucherpreise von 9 Prozent 1979 auf 11,5 Prozent. Den bürgerlichen Kommentatoren zufolge ist das bedrohliche Ausmaß der Inflation in den beiden vorangegangenen Jahren auf den neuen „Ölschock“ zurückzuführen, aber selbst die OECD schreibt in ihrem letzten Bericht „Economic Outlook“ von Dezember 1980, daß die jährliche Zunahme der Inflation in den sieben größten kapitalistischen Ländern um 9 Prozent zwischen dem 1. Halbjahr 1978 und demselben Zeitraum 1980 nur zu knapp 1 Prozentpunkt durch die Rohölversteuerung bedingt ist.

Die OECD prognostiziert darüber hinaus, daß die Inflation zwischen dem 1. Halbjahr 1980 und demselben Zeitraum 1982 dasselbe Tempo beibehalten wird, obwohl die außenwirtschaftlichen Faktoren eher bremsend wirken werden.

### Veränderung der Lebenshaltungskosten 1979–1980 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1979	1980			
		Jahr <sup>1</sup>	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
USA	11,4	13,5	14,3	14,4	12,8
Japan	3,7	8,0	7,3	8,1	8,4
BRD	4,1	5,5	5,5	5,9	5,3
Frankreich	10,7	13,5	13,3	13,6	13,5
Großbritannien	13,3	18,0	19,1	21,5	16,4
Italien	15,7	21,0	21,4	20,8	21,5
Kanada	9,2	10,0	9,4	9,6	10,5

1 Vorläufige Zahlen

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

## 1.2 Sozialprodukt

Das Wirtschaftswachstum der BRD hat sich in der zweiten Jahreshälfte 1980 stark verlangsamt, das Bruttosozialprodukt (BSP) als Maßstab der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes hat im zweiten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum nicht mehr zugenommen. Im letzten Vierteljahr ist es sogar gesunken.

Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate ist daher noch niedriger ausgefallen, als noch zur Jahresmitte angenommen. Die meisten Prognosen vom Jahresanfang 1980 lagen zu hoch. Besonders stark hat der Sachverständigenrat daneben getippt.

### Wachstumsprognosen und Realität<sup>1</sup>

	Prognose 1980	Prognose 1981
Bundesregierung <sup>2</sup>	+2,5	0 bis -1
Sachverständige	+2,5 bis 3,0	+0,5
Gemeinschaftsgutachten <sup>3</sup>	+2,5	0
Institut für Weltwirtschaft	+1,5	-1,5
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	+2,0	-1
WSI der Gewerkschaften	+2,4	0
OECD <sup>4</sup>	+2,25	-0,3
Realität 1980	+1,8	-

1 Veränderung des realen BSP in % gegenüber Vorjahr

2 Jahreswirtschaftsbericht

3 Herbstgutachten 1980 der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute

4 Organisation der kapitalistischen Industrieländer

(Quelle: Presseberichte)

Die Wachstumsverlangsamung bzw. der -rückgang ist ganz entscheidend von der Entwicklung des privaten Verbrauchs bestimmt worden. Dies zeigt ein Blick auf die Verwendungsarten des BSP.

### Bruttosozialprodukt 1980

	In jeweiligen Preisen Mrd. DM	In % In %	In Preisen von 1970 Mrd. DM	In % In %
Bruttosozialprodukt	1501,5	+ 6,9	898,8	+ 1,8
Privater Verbrauch	820,9	+ 7,1	497,2	+ 1,7
Staatsverbrauch	303,0	+ 9,0	156,3	+ 2,8
Anlageinvestitionen	356,1	+ 12,0	215,4	+ 4,1
Ausfuhr	428,2	+ 12,0	271,8	+ 5,5

1 In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/81, S. 13)

Im Vorjahr hatte der private Verbrauch noch nahezu doppelt so stark, um 3,2 Prozent expandiert.

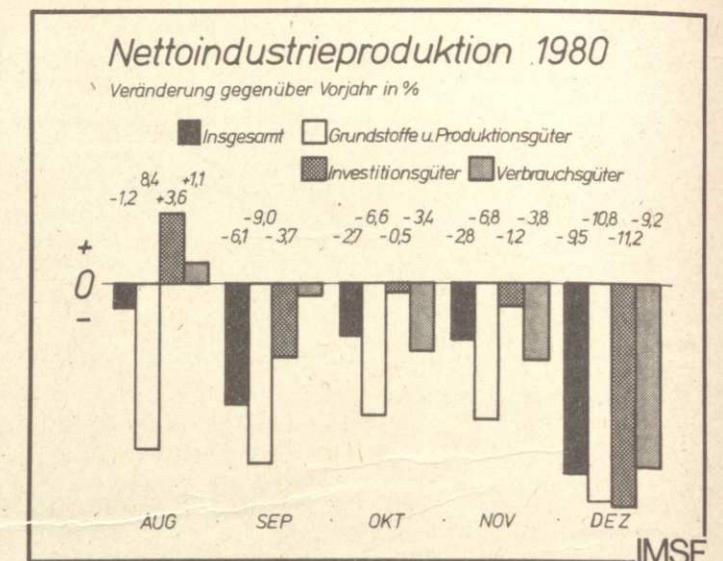
Verlangsamt hat sich allerdings auch die Investitionstätigkeit, vor allem bei den sehr konjekturempfindlichen Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen und Anlagen). Sie nahmen zwar noch leicht überproportional um 3 Prozent zu, im Vorjahr war aber

Wachstumsraten<sup>1</sup>

	Reales Bruttozialprodukt	Warenproduzierendes Gewerbe <sup>2</sup>
1950–1959	+7,9	+9,9
1960–1969	+5,0	+5,8
1970–1979	+3,1	+2,8
1970	+5,9	+6,2
1971	+3,3	+2,5
1972	+3,6	+3,4
1973	+4,9	+5,4
1974	+0,4	-0,8
1975	-2,5	-5,3
1976	+5,3	+6,2
1977	+2,6	+2,6
1978	+3,5	+2,3
1979	+4,4	+5,3
1980	+1,8	-0,1

<sup>1</sup> Durchschnittliche jährliche Veränderung in %<sup>2</sup> Energiewirtschaft, Bergbau, Industrie, Baugewerbe

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Lange Reihen, Ifd., Wirtschaft und Statistik 4/1977 und 1/1981)



für eine Belebung sichtbar sind. Die meisten Faktoren sprechen im Gegenteil für eine verlängerte Rezession:

- Die Lagerbestände wurden noch 1980 kräftig erhöht, der Lagerabbau hat noch nicht begonnen.
- Die private Nachfrage wird durch die starken Preiserhöhungen und den Beschäftigungsabbau weiter eingeschränkt. Kürzungen im sozialen Bereich, vor allem bei den Sozialrenten, entstabilisieren die Verbrauchskonjunktur zusätzlich.
- Die Investitionstätigkeit, auf der die Hoffnung aller Prognostiker basiert, hat sich unerwartet stark verlangsamt.
- Die Haushaltsplanungen für 1981 stehen unter dem Vorzeichen von realen Ausgabenkürzungen, vor allem öffentliche Investitionen werden reduziert.
- Die staatliche Zinspolitik treibt die Zinskosten in Rekordhöhen und verteilt Investitionen, Wohnungsbau und Konsumentenverschuldung.
- Die Krise in der kapitalistischen Welt hält an, auch die leichten Belebungstendenzen in den USA scheinen nicht von Dauer zu sein.

Lediglich die mit der Abwertung der DM verbundene Erleichterung der Exporte könnte eine gewisse stabilisierende Wirkung haben. Dies darf allerdings nicht überschätzt werden, da der Zusammenhang zwischen Wechselkurs und Außenhandel nur sehr locker ist (vgl. Abschnitt 1.5).

**1.3 Produktion**

Die industrielle Produktion ist im Jahresverlauf ständig gesunken. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich im Jahresdurchschnitt zwar noch eine Stagnation, gegen Jahresende war der Vorjahresstand – saisonbereinigt – aber um etwa 6 Prozent unterschritten. Betrachtet man die monatlichen saisonbereinigten Produktionsziffern, so war der Ausstoß im Produzierenden Gewerbe im November/Dezember 1980 etwa 8 Prozent niedriger als zum Produktionshöhepunkt vor Einbruch der Krise im Februar/März 1980. Der Produktionsrückgang erfolgte also sehr rasch und steil.

**Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes<sup>1</sup>**

	Aug.	Sept.	Okt.	Nov. <sup>2</sup>	Dez. <sup>2</sup>
Insgesamt	-1,2	-6,1	-2,7	-2,5	-9,5
Grundstoffe und Produktionsgüter	-8,4	-9,0	-6,6	-6,9	-10,8
Investitionsgüter	+3,6	-3,7	-0,5	-0,9	-11,2
Verbrauchsgüter	+1,1	-0,6	-3,4	-2,3	-9,2

<sup>1</sup> 1980 in % gegenüber dem Vorjahr<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die zyklische Krise hat inzwischen alle wichtigen Bereiche der Produktion erfaßt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Dabei ist die Überschneidung von zyklischen mit strukturellen Krisenerscheinungen ein wichtiges Merkmal der aktuellen Wirtschaftslage.

Beide Momente zeigen sich vor allem in der *eisenschaffenden Industrie*. Zwar lag die westdeutsche Stahlproduktion 1980 mit knapp 44 Millionen Tonnen Rohstahl nur um 5 Prozent unter dem Vorjahresstand, der Einbruch konzentrierte sich aber auf das letzte Vierteljahr. Für November errechnet sich z. B. ein Produktionsrückgang um 10 Prozent. Die durch die EG und die Unternehmerverbände beschlossene Produktionskürzung hat zum Jahreswechsel zu massiven Preiserhöhungen für viele Stahlsorten geführt. Der Personalabbau hat sich beschleunigt: Allein 1980 gingen die Belegschaftszahlen der Stahlwerke um 8000 zurück, eine Schrumpfung um 3 Prozent.

Die *chemische Industrie* verzeichnete 1980 einen Produktionsrückgang von 4 Prozent, der sich im laufenden Jahr voraussichtlich noch fortsetzen wird.

Der *Maschinenbau* war vom konjunkturellen Einbruch zunächst noch wenig betroffen, so daß nur leichte Produktionsrückgänge befürchtet worden waren. Inzwischen wurden die Erwartungen jedoch nach unten korrigiert. Nach einem Rückgang um etwa 2 Prozent 1980 wird für das laufende Jahr eine weitere Verschlechterung um 4 Prozent erwartet. Eine konjunkturelle Verbesserung ist zunächst nicht in Sicht.

Besonderes Interesse gilt der *Automobilindustrie*, bei der der Einbruch sowohl aus konjunkturellen als auch aus strukturellen Gründen besonders tief ist. Die Stückproduktion sank 1980 um etwa 9 Prozent unter den Vorjahresstand, wobei ausschließlich Pkw betroffen waren. Der Nutzfahrzeugbereich profitierte stark von Bestellungen aus den OPEC-Ländern. Der Importanteil für japanische Pkw stieg zwar im Jahresdurchschnitt von 5,6 auf 10,4 Prozent, erhöhte sich in den letzten Monaten aber nicht mehr. Es scheint hier eine gewisse Grenze erreicht zu sein. Da gleichzeitig die Marktanteile französischer und italienischer Pkw sanken, erhöhte sich der Importanteil insgesamt nur leicht.

Vor allem der Investitionsgüterbereich der *Elektroindustrie* hatte noch lange von der Rationalisierungswelle profitiert, so daß die Branche trotz der Schwäche des Verbrauchsgüterbereichs 1980 noch einen Zuwachs von 3 Prozent verzeichnen konnte. Für 1981 wird dagegen mit Stagnation bzw. mit einem leichten Rückgang gerechnet.

Unverändert ungünstig gestaltet sich die Situation in den *Textil- und Bekleidungsindustrien*. Trotz rückläufiger Produktion und sinkenden Auftragseingängen nimmt der Lagerdruck immer noch zu. Zum Jahreswechsel lag die Produktion um rund 5 Prozent unter dem Vorjahresstand.

Die *Bauwirtschaft* rechnet für das laufende Jahr mit anhaltenden Krisenerscheinungen. Wurde die Bauproduktion bis zur Jahresmitte 1980 noch durch den hohen Auftragsbestand gestützt, so ging sie seither deutlich zurück. Betroffen sind alle Sparten. Im Wohnungsbau macht

sich der Abbau der staatlichen Förderungsmaßnahmen bemerkbar, aber auch das hohe Zinsniveau wirkt bremsend. Im öffentlichen Bau werden sich die Haushaltskürzungen konzentriert auswirken, während der Wirtschaftsbau unter der konjunkturellen Abschwächung leidet.

**Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen<sup>1</sup>**

	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Nov.
Produzierendes Gewerbe insges.	-1,2	-6,1	-2,7	-0,4	-0,4
Eisenschaffende Industrie	-7,6	-11,0	-6,4	-2,1	-2,1
Chemische Industrie	-9,2	-10,8	-8,2	-4,5	-4,5
Maschinenbau	+5,1	+3,5	+1,2	+1,6	+1,6
Straßenfahrzeugbau	-4,8	-9,5	-5,1	-3,0	-3,0
Elektrotechnik	+6,4	-6,4	-0,7	+3,9	+3,9
EDV-Geräte	+32,6	+9,5	+11,5	+17,4	+17,4
Textilgewerbe	-4,6	-6,8	-7,2	-3,3	-3,3
Bekleidungsgewerbe	-5,7	-7,8	-8,7	-0,8	-0,8
Bauhauptgewerbe	-4,6	-11,7	-6,9	-4,9	-4,9

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsberichte, Ifd.)

Die besondere Schwäche der verbrauchsnahen Industriezweige, die bereits länger anhält, erklärt sich aus der Tendenz zur Abschwächung der Einzelhandelsumsätze.

**Einzelhandelsumsätze<sup>1</sup>**

	nominal	real
1974	+5,5	-1,7
1975	+9,0	+3,4
1976	+7,1	+3,8
1977	+7,2	+3,2
1978	+5,2	+2,8
1979	+6,3	+2,6
1980	+5,4	0,0

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr<sup>2</sup> Monatsberichte der deutschen Bundesbank, Ifd.)

Klammt man die beiden außerordentlich guten Monate Januar und Februar aus – sie waren eine Reaktion auf eine „Kauflücke“ Ende 1979 –, so errechnet sich 1980 ein realer Umsatzrückgang um etwa 1,5 Prozent.

Auch der Blick auf die Auftragseingänge ergibt das Bild eines raschen konjunkturellen Einbruchs, dessen Ende zur Zeit noch nicht abzusehen ist.

**Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe<sup>1</sup>**

	Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	Insgesamt (1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
August	-6,3	-11,3	-9,6	-14,9	-4,6	-9,2
September	+3,1	-2,0	+2,8	-2,3	+1,3	-3,7
Oktober	-0,7	-5,3	+1,2	-3,3	-0,9	-5,8
Nov. <sup>2</sup>	-5,8	-10,3	-5,9	-10,2	-6,0	-10,4
Dez. <sup>2</sup>	+4,9	-	+2,1	-	+7,0	+3,4

<sup>1</sup> Zu jeweiligen Preisen<sup>2</sup> Preisbereinigt<sup>3</sup> Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr<sup>4</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Auch die etwas günstigeren Ergebnisse vom Dezember ändern das Gesamtbild nicht, obwohl das Bundeswirtschaftsministerium sich um eine positive Interpretation bemüht hat. Zwar lagen die Bestellungen im Dezember saisonbereinigt um 2 Prozent über dem Vormonat, der jedoch von einem tiefen Einbruch gekennzeichnet war. Im Zweimonatszeitraum November/Dezember lagen die Auftragseingänge daher immer noch um 1 Prozent unter dem Stand von September/Oktoben. Zu-

dem beruht das bessere Dezemberergebnis ausschließlich auf ausländischen Bestellungen im Investitionsgüterbereich – einzelne Monatswerte werden hier oft durch Großaufträge nach oben oder nach unten verzerrt. Klammt man den Dezemberwert aus, so kann von einer „Stabilisierung der Auslandsnachfrage“ – wie es das Bundeswirtschaftsministerium behauptet – kaum die Rede sein. Eine Rolle wird dabei der zur Zeit schwache DM-Kurs spielen, der ausländische Besteller möglicherweise dazu veranlaßt, Aufträge vorzuziehen, um die für Auslandsbesteller günstigere Wechselkurssituation auszunutzen.

**Auftragseingänge nach Herkunft<sup>1</sup>**

Inland	Verarbeitendes Gewerbe Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
August	-4,3</			

tungsgeräten (also der „Neuen Technik“) stark gestiegen ist. Dies ist sicher zutreffend, allerdings ist darauf hinzuweisen, daß der Investitionsaufschwung 1976–1980 insgesamt wesentlich schwächer war als in vorangegangenen Aufschwungsperioden. Neben dem gestiegenen Umfang der Rationalisierungsinvestitionen fällt der relativ geringe Umfang von Erweiterungsinvestitionen ins Auge.

Der insgesamt schwächere Investitionsanstieg zeigt, daß die Rationalisierungswelle nicht in der Lage ist, der Wirtschaft die nötigen Wachstumsimpulse zu geben. Dies hängt u. a. damit zusammen, daß die Mikroelektronik „sowohl zu einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit als auch zu einer drastischen Verbilligung der Investitionsgüter geführt hat“ (ebenda). Mit weniger Investitionsmitteln können die Kapazitäten stärker ausgeweitet werden – der Nachfragermangel macht sich früher als Schranke des Wachstums bemerkbar.

Während die industriellen Investitionen 1980 insgesamt noch um real etwa 9 Prozent zugenommen hatten, wird für 1981 ein leichter Rückgang um 3 Prozent erwartet. Nur in wenigen, investitionsgüterproduzierenden Sektoren werden noch Zuwächse erhofft, während insbesondere im Verbrauchsgüterbereich ein Einbruch erwartet wird. Auch die bauabhangigen Branchen und die Bauwirtschaft selbst kalkulieren einen Investitionseinbruch.

Aufmerksamkeit erregen die expansiven Investitionspläne der Automobilindustrie, die trotz der Absatzflaute 1980 ihre Investitionen stark ausgeweitet hatten, und auch 1981 noch Investitionen plant, die auf oder sogar leicht über dem Stand von 1980 liegen. Dies hängt einmal mit dem Versuch zusammen, die Produktion auf neue, benzinsparende und international konkurrenzfähige Modelle umzustellen. Zum anderen dienen die Investitionen der Rationalisierung und Automatisierung, wobei vor allem in der Endfertigung nach japanischem Vorbild verstärkt Industrieroboter eingesetzt werden sollen. Gedrückt wird die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit durch die prozyklische Ausgabenpolitik des Staates und den Rückgang beim Wohnungsbau, der ebenfalls wesentlich durch staatliche Entscheidungen beim sozialen Wohnungsbau verursacht wird.

Nach den Planungsansätzen von Bund und Ländern sollen die Investitionsausgaben dort langfristig real sinken, 1981 auch nominal.

#### Investitionen von Bund und Ländern<sup>1</sup>

	1980 Mrd. DM	1981	1982	1983	1984
Bund	8,0	-8,2	+3,1	+2,9	+1,4
Länder	9,8	-2,9	-2,2	+3,5	+0,6

<sup>1</sup> Laut Finanzplanung  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/81, S. 59)

Noch einschneidender dürften die Kürzungen im kommunalen Bereich ausfallen, auf den etwa zwei Drittel der öffentlichen Investitionen entfallen. Manfred Rommel, Präsident des Deutschen Städtetags, rechnet für 1981 mit Kürzungen um mindestens 5 Prozent, so daß ein realer Investitionsrückgang um mehr als 10 Prozent zu erwarten ist. Da die staatlichen Investitionen ein Sechstel der gesamtwirtschaftlichen Investitionssumme ausmachen – bei den Bauinvestitionen sogar ein Viertel –, drückt die restriktive Ausgabengestaltung auch die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit erheblich. Entscheidend sind dabei einzige finanzielle Gesichtspunkte, nicht angeblich durch Umweltschützer errichtete „Investitionshemmnisse“. Investitionsanlässe gibt es genug, auch auf Gebieten, die keine ökologischen Probleme verursachen. Würden Unternehmen und Staat auch nur einen Teil der Investitionen tätigen, die zur Reinhalterung von Luft und Wasser dringend geboten sind, würden die umweltverschmutzenden Konzerne die Filteranlagen und Kläranlagen errichten, die technisch und wirtschaftlich möglich sind, so würde dies einen Investitionsimpuls beinhalten, der wesentlich stärker als der Bau von Kernkraftwerken und Autobahnen mit zweifelhaftem Nutzeffekt wäre.

Das Gesamtbild der Investitionstätigkeit in der Krise 1980/81 berechnigt trotz einiger Ausnahmen in besonders technologieintensiven Bereichen nicht, von einer „robusten Investitionsneigung“ zu sprechen, wie es bei Bundesregierung und Sachverständigen zu lesen ist. Die

wenigen Bereiche mit einer trotz Krise positiven oder zumindest nicht negativen Tendenz reichen bei weitem nicht aus, um die Auswirkungen der Nachfragekürzungen beim Staat und beim privaten Verbrauch in bezug auf die Gesamtkonjunktur auszugleichen. Die in den vorangegangenen INFORMATIONEN... geäußerte Skepsis über die Hoffnungen auf eine „milde“, investitionsstützte „Wachstumspause“ hat sich bis jetzt voll bestätigt.

Die Kapazitätsauslastung als wichtiger Konjunkturindikator ist bis Dezember 1980 weiter zurückgegangen.

#### Kapazitätsauslastung in der Industrie<sup>1</sup>

	1. VJ.	2. VJ.	3. VJ.	4. VJ.
1970	92,0	91,6	91,0	89,3
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1978	80,9	80,8	81,3	82,2
1979	83,6	84,9	84,5	85,8
1980	85,9	83,2	80,6	79,9

<sup>1</sup> In % der betriebsüblichen Vollauslastung  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 32/80)

Da für die kommenden Monate von den Firmen weitere Produktions einschränkungen geplant werden, dürfte der Rückgang der Auslastung noch nicht seinen Tiefpunkt erreicht haben. Es muß hier daher offen bleiben, ob der Investitionsrückgang in der Industrie 1981 nicht noch stärker als die bisher angenommenen drei Prozent sein wird.

#### 1.5 Außenwirtschaft

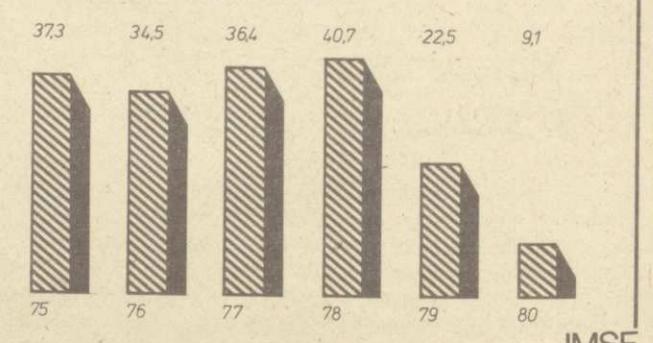
Der Außenhandel der Bundesrepublik stand 1980 ganz im Zeichen der veränderten Preisverhältnisse auf den Weltmärkten. Insgesamt hat der Export 1980 noch zu einer Stabilisierung der konjunkturellen Verhältnisse beigetragen. Real sind die Exporte um 4 Prozent und damit doppelt so schnell wie das Bruttonsozialprodukt angestiegen, etwas stärker als die Importe, die real nur um 3 Prozent zunahmen. Allein die starken Importpreiserhöhungen haben zu einer Halbierung des Handelsbilanzüberschusses geführt.

#### Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>	in Mrd. DM	% <sup>1</sup>
1975	221,6	-3,9	184,3	+2,5	+37,3	-26,6
1976	256,2	+15,6	221,6	+20,3	+34,5	-7,5
1977	273,6	+6,6	235,2	+5,8	+38,4	+11,3
1978	284,6	+4,0	243,8	+3,7	+40,7	+6,0
1979	314,6	+10,5	292,2	+19,9	+22,5	-44,7
1980	350,4	+11,4	341,3	+16,8	+9,1	-59,6

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

#### Außenhandel der BRD Exportüberschuß in Mrd DM



Obwohl damit immerhin im Gegensatz zu den meisten anderen kapitalistischen Ländern überhaupt noch ein positiver Saldo erzielt wurde, spielt in der öffentlichen Diskussion die Angst um die die angeblich bedrohte internationale Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik eine große Rolle. Stichworte sind dabei die defizitäre Leistungsbilanz und die Schwäche der DM in den letzten Monaten. Tatsächlich ist das Defizit in der Leistungsbilanz (sie faßt die Handelsbilanz, die Dienstleistungsbilanz und die Bilanz der Übertragungen zusammen) 1980 sprunghaft angestiegen. Für 1981 wird eine Rückbildung des Fehlbeitrags erwartet, allerdings wird die Bundesrepublik in den nächsten Jahren mit der negativen Leistungsbilanz leben müssen.

#### Saldo der Leistungsbilanz<sup>1</sup>

1971	1975	1978	1979	1980	1981 <sup>2</sup>
+2,9	+9,9	+17,5	-10,1	-28,2	-20,0

1 Mrd. DM 2 Schätzung des Ifo-Instituts  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.; Wirtschaftskonjunktur 1/1981, S. A 13)

Die Ursache ist, wie im letzten Vierteljahresbericht (INFORMATIONEN... 4/80) ausgeführt, in der Veränderung der Austauschverhältnisse, d. h. in der Verschlechterung der „Terms of Trade“ der Bundesrepublik zu suchen. Die Importpreise sind wesentlich rascher gestiegen als die Exportpreise (vgl. Abschnitt 3.3), eine Folge gestiegener Rohölpreise.

#### Terms of Trade der BRD

1976	1977	1978	1979	1980 <sup>2</sup>
100	99,1	102,7	96,4	90,4

1 Index 1976 =100 2 11 Monate  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Gegenüber den anderen kapitalistischen Ländern hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik aber nicht verschlechtert. Klammt man die Preisveränderungen der letzten Jahre aus, bewertet also Importe und Exporte zu festen Preisen, so zeigt sich, daß der preisbereinigte Überschuß im Export mit 36 Milliarden DM 1980 sogar höher war als in den Vorjahren.

Diese Feststellung gilt vor allem in bezug auf die „Lohnkosten“, die von der Unternehmerseite gern als Grund für die verschlechterte außenwirtschaftliche Situation angegeben werden (Stichwort „Japaner“). Immer wieder finden sich in der Presse internationale „Arbeitskostenvergleiche“, die die BRD als „Hochlohnland“ ausweisen und belegen sollen, daß die hohen „Arbeitskosten“ die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gefährden.

Die Quelle solcher Berechnungen ist meist das von den Unternehmerverbänden finanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW), das sich in regelmäßigen Abständen mit solchen Vergleichen befaßt (vgl. z. B. Informationsdienst des IW, Nr. 26/80). Abgesehen von den Problemen, die insbesondere die Wechselkursveränderungen mit sich bringen, wird bei diesen Berechnungen die Arbeitsproduktivität ausgemessen. Die Höhe der „Arbeitskosten“ ist aber überhaupt nur dann aussagekräftig, wenn sie zur Arbeitsproduktivität in Beziehung gesetzt wird. In einer Berechnung des konservativen Ifo-Instituts, die von den Lohnstückkosten ausgeht, wird festgestellt: „Ein internationaler Vergleich der Entwicklung der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft in den siebziger Jahren zeigt, daß die Bundesrepublik in dieser Zeit den schwächsten Arbeitskostenanstieg je Einheit der gesamtwirtschaftlichen Produktion aufzuweisen hatte“ (Ifo-Schnelldienst, 35/36, 1980, S. 3). Berücksichtigt man die Veränderung der Wechselkurse, d. h. die Aufwertung der DM, so verschiebt sich das Bild etwas, dann nimmt die BRD einen mittleren Platz ein. Vor allem seit 1973 aber hat sich die Lohnstückkostenrelation in der BRD nach allen Berechnungen international verbessert, d. h. die Konkurrenzposition der Bundesrepublik ist von der Lohnseite her erheblich stabilisiert worden. Die Abwertung der DM in den letzten Monaten hat diesen Prozeß noch beschleunigt.

Die Tatsache, daß es trotz der im Grunde verbesserten internationalen Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik nicht mehr gelungen ist, die negativen Auswirkungen der höheren Ölpreise auf die Leistungsbilanz

durch verstärkte Exporte aufzufangen, zeigt, daß die einseitig exportorientierte wirtschaftspolitische Strategie an ihre Grenzen gestoßen ist.

Selbst eine weitere Verbesserung der Lohnstückkostenrelation zugunsten der Bundesrepublik wird angesichts sich relativ verengender internationaler Märkte keinen neuen bundesdeutschen Exportboom nach sich ziehen. Der Welthandel expandierte schon 1980 nur noch um zwei Prozent, für 1981 wird im besten Fall eine Stagnation erwartet. Gleichzeitig drängen auch die übrigen kapitalistischen Industrieländer und die jungen, expandierenden Industriestaaten mit ihren Warenüberschüssen auf die Weltmärkte, wobei zur Zeit insbesondere Japan erfolgreich ist.

In dieser Situation kommt es darauf an, die Binnenmärkte zu stabilisieren und dort dafür zu sorgen, daß die Absatzmöglichkeiten nicht zurückgehen.

Auch von der Abwertung der DM kann keine massive Ausweitung der Exporte erwartet werden. Zwar verbilligt sie nach dem „Lehrbuch“ die Exporte und verteilt die Importe, so daß ein Anstieg der Ausfuhren und ein Rückgang der Einfuhren zu erwarten wäre. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, daß dieser Wechselkursmechanismus so kaum noch funktioniert. Die ständige Aufwertung der DM in den letzten Jahren hatte die Exportchancen der Bundesrepublik kaum vermindert. Denn tatsächlich herrschen auf den Exportmärkten – vor allem bei den Hauptexportartikeln der BRD, den Investitionsgütern – monopolistische Anbieterpositionen. So konnten die Exportkonzerne die mit der Aufwertung der DM verbundenen Preiserhöhungen in den Vorjahren größtenteils an die Käufer weitergeben, ohne Absatzverluste befürchten zu müssen. Umgekehrt können nun – bei Abwertung der DM – die vergrößerten Preisspielräume voll zur Erhöhung der Gewinne genutzt werden, sie brauchen nicht an die Käufer weitergegeben werden. Dies wird durch die in den meisten Abnehmerländern herrschende Inflation erleichtert. Die an sich mögliche mengenmäßige Ausdehnung der Exporte wird durch diese Monopolpreispraktiken behindert, so daß die Abwertung der DM zwar ein gutes Geschäft für die Exportunternehmen ist, die an sich mögliche konjunkturelle Entlastung aber weitgehend ausfällt.

## 2 Unternehmergevinne und Konzentration

### 2.1 Unternehmergevinne

Trotz der im Jahresverlauf 1980 einsetzenden Krise sind die Unternehmergevinne weiter gestiegen. Der Anstieg hat sich zwar erheblich abgeschwächt, trotzdem ist die stabile Gewinnsituation zu Beginn einer Krise ein bemerkenswerter Tatbestand. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – die hier als Indikator der Gewinnsituation verwendet werden – sind zwar langsamer als die Bruttolöhne und -gehälter gestiegen, netto, d. h. nach Abzug der Steuern, haben sie sich jedoch etwa gleichmäßig entwickelt.

#### Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	1978 Mrd. DM	%	1979 Mrd. DM	%	1980 Mrd. DM	%	19
--	-----------------	---	-----------------	---	-----------------	---	----

**Dividenden<sup>1</sup>**

	Je 100-DM-Aktie
1969	13,77
1970	15,74
1971	15,32
1972	13,08
1973	12,78
1974	13,73
1975	13,67
1976	12,77
1977 <sup>2</sup>	14,11 (15,28)
1978	19,07
1979	19,38
1980	21,41

1 Der börsennotierten Aktiengesellschaften, in DM  
2 Ab 1977 (der Wert in Klammern) einschließlich Steuergutschrift

(Quelle: Wirtschaft und Statistik 1/81, S. 57)

Zwar ist die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen von vor 1977 durch die Körperschaftsteuerreform gestört. Immerhin sind die Dividenden gegenüber 1977 um fast 50 Prozent gestiegen, und schon das Jahr 1977 war – im Vergleich zu den Vorjahren – durch eine sehr günstige Dividendenlage gekennzeichnet. Es dürfte daher auch von Unternehmenseite kaum zu bestreiten sein, daß die Gewinnsituation der Unternehmen inzwischen wieder das günstige Niveau vom Ende der sechziger Jahre erreicht bzw. überschritten hat. Die „Angebotsbedingungen“, d. h. die Gewinne der Unternehmen, müßten also nach den Kriterienklärungen der Unternehmer und der konservativen Wirtschaftswissenschaftsakademie ein stabiles Wirtschaftswachstum und sichere Arbeitsplätze gewährleisten. Statt dessen steuert die Wirtschaft wieder einmal in eine tiefe Krise, steigen die Arbeitslosenziffern auf neue Rekorde, hält sich die Inflation auf einem hohen Niveau.

**2.2 Konzentration**

Die Unternehmenslandschaft hat sich 1980 merklich verändert. Ins Auge fällt dabei vor allem die kräftig erhöhte Zahl der Insolvenzen und Unternehmenszusammenbrüche.

**Insolvenzen und Fusionen**

	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Insolvenzen	4201	9195	9361	9562	8722	8319	9111
Fusionen	305	448	453	554	558	602	

(Quelle: Presseberichte)

Im letzten Vierteljahr 1980 war der Vorjahresstand um etwa 15 Prozent übertroffen. Die Unternehmenszusammenbrüche haben besonders stark im Einzelhandelsbereich zugenommen, wohl auch eine Folge der schwachen Verbrauchskonjunktur. Der „Verband der Vereine Kreditreform“, der die auf Wirtschaftsauskünfte und Forderungseinzug spezialisierten Unternehmen vertritt, schätzt, daß die Insolvenzen 1980 etwa 255 000 Arbeitsplätze gekostet haben. Für 1981 wird ein Anschwollen der Insolvenzwelle erwartet, die wegen des höheren Ausgangsniveaus das Ausmaß der letzten Krise 1974/75 überschreiten dürfte.

Auf dem Gebiet der Unternehmenskonzentration sind auch 1980 einige spektakuläre Fälle zu verzeichnen gewesen, wobei es sich dabei oft um Verschiebungen zwischen den großen Konzernen handelt.

Der VW-Konzern hat den ihm ohnehin schon verbundenen Elektronikproduzenten Triumph-Adler vollständig übernommen. Von Bedeutung dürfte auch die zwischen VW und dem „Japaner“ Nissan („Datsun“) vereinbarte Partnerschaft sein. Der Genußmittelkonzern Tchibo – längst mehr als ein „Kaffeeröster“ – hat sich mit einer Beteiligung an der Zigarettenfirma Reemtsma ein weiteres „Bein“ im Genußmittelmarkt verschafft. Spektakulär auch der Wechsel eines Viertels der Aktien des Kaufhof-Konzerns von der Commerzbank zum Großhändler Metro. Der Vorgang zeigt einmal, daß auch Großbanken in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen können. Zum anderen ist dadurch eine weitere Monopolposition im Handel entstanden.

Längst erwartet war der Zusammenschluß der Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) mit den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW), wobei MBB die Anteile von VFW übernimmt. VFW hatte nach 1977 außer der Reihe staatliche Subventionen erhalten, die mit der Auflage verbunden waren, mit MBB zu fusionieren. Damit wurde das Ziel erreicht, einen einheitlichen westdeutschen Luft- und Raumfahrtkonzern auf privater Basis, aber mit staatlichem Rückhalt, zu schaffen.

In den letzten Wochen wurde die Absicht des BP-Konzerns bekannt, von der Westdeutschen Landesbank ein Beteiligungspaket an dem Energiekonzern Preussag zu kaufen. Nach der spektakulären Veba/Gelsenberg-Aktion würde dem britischen Multi damit ein weiterer Zugriff auf westdeutsche Öl- und Kohleinteressen gelingen. Darüber hinaus betätigt sich die Preussag – übrigens die erste mit viel Propagandaufwand „privatisierte“ Volksaktiengesellschaft – international im Energietransport.

Aufsehen erregte im Februar die Meldung, daß Mannesmann eine Mehrheitsbeteiligung an der Kienzle Apparate GmbH erwerben will. Kienzle ist ein wichtiger Produzent in der kleinen und mittleren Daten-technik. Es wird sichtbar, daß die großen Konzerne bestrebt sind, in den zukunftssträchtigen Markt der Computerindustrie einzusteigen.

## 3 Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der Tariflöhne hat sich 1980 stark beschleunigt. Zum Jahresende lag der Index der Tarifeinkommen um gut 7 Prozent über dem Vorjahresstand.

**Tariflohn- und -gehältsniveau<sup>1</sup>**

	1975	1976	1977	1978	1979	1980
	+8,5	+5,9	+6,9	+5,6	+4,8	+6,6

1 Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der deutschen Bundesbank, Ifd.)

Der Schwerpunkt der Tarifabschlüsse lag auch 1980 wieder im ersten Halbjahr, es wurden in dieser Zeit für etwa 15,5 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte Tariferhöhungen zwischen 6,3 und 7,1 Prozent vereinbart, im Durchschnitt um 6,8 Prozent.

Die Tarifabschlüsse reichten jedoch nicht aus, um die Kaufkraft der Nettoeinkommen zu erhalten.

**Löhne und Gehälter**

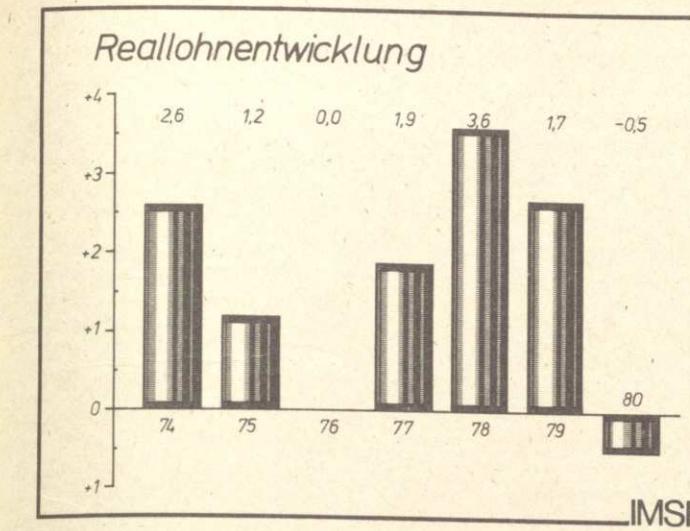
	1978 Mrd. DM	% <sup>1</sup>	1979 Mrd. DM	% <sup>1</sup>	1980 Mrd. DM	% <sup>1</sup>
Buttolohn- und -gehaltssumme	582,3	+6,4	625,1	+7,4	672,8	+7,6
Nettolohn- und -gehaltssumme	411,6	+7,5	443,2	+7,7	469,3	+5,9
je Beschäftigten (in DM)	19094	+6,2	20215	+5,9	21206	+4,9
Inflationsrate <sup>2</sup>	–	+2,7	–	+4,1	–	+5,5
Realeinkommen je Beschäftigten	–	+3,5	–	+1,8	–	-0,6
Arbeitsproduktivität <sup>3</sup>	–	+2,5	–	+3,3	–	+1,4

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

2 Lebenshaltung aller Haushalte

3 Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/81, eigene Berechnungen)



Damit ist 1980 das erste Jahr in der Geschichte der Bundesrepublik, in dem der Reallohn, d. h. das Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten, bereinigt um die Inflationsrate, gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist. Legt man die Prognosen der Bundesregierung und der Institute zugrunde, so wird sich der Rückgang 1981 – möglicherweise sogar etwas verstärkt – fortsetzen. Bei rückläufiger Beschäftigung sollen demnach die Bruttoeinkommen je Beschäftigten um etwa 4 Prozent zunehmen. Die Nettoeinkommen werden dann etwa im gleichen Tempo ansteigen. Geht man von der prognostizierten Inflationsrate von 4,5 Prozent aus, so errechnet sich ein Reallohnrückgang um 0,5 Prozent. Da die Preise aber sicher stärker ansteigen werden, würde der Rückgang bei unverändert angenommenen Tarifabschlüssen – es wird bei den Projektionen von Tarifabschlüssen um 5 Prozent ausgegangen – noch stärker ausfallen.

Einkommenseinbußen mußten auch die Bauern im abgelaufenen Wirtschaftsjahr hinnehmen. In den landwirtschaftlichen Voll- und Zuerwerbsbetrieben sank das landwirtschaftliche Einkommen um 1,9 Prozent, in den Nebenerwerbsbetrieben stieg es leicht um 1,1 Prozent an. Da es sich dabei um Nominalwerte handelt, mußten alle Betriebsarten (real) kräftige Einkommensrückgänge hinnehmen. Schon im Jahr davor waren die Einkommen je Familienarbeitskraft nominal nur noch leicht gestiegen (+2,9 Prozent), real also zurückgegangen. Ein regelmäßiger Einbruch um 12 Prozent wird für das laufende Wirtschaftsjahr 1980/81 erwartet.

Die Ursache für diese Entwicklung ist weniger auf der Seite der Erzeugerpreise zu suchen, die – wenn auch nur langsam – im Durchschnitt weiter angestiegen sind. Die landwirtschaftlichen Einkommen gerieten vor allem durch die rapide ansteigenden Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel unter Druck. Im Dezember 1980 waren diese im Schnitt 7 Prozent teurer als im gleichen Vorjahresmonat, landwirtschaftliche Erzeugnisse aber nur um 1,9 Prozent. Vor allem die aus der Industrie stammenden Betriebsmittel verteuerten sich, eine Folge der stark monologisierten Märkte: Düngemittel +11,8 Prozent, Brennstoffe +12,2 Prozent, Bauten +9,1 Prozent, Maschinen +4,5 Prozent. Probleme verursachen auch die anhaltend hohen Zinsen.

Die „Klemme“ zwischen hohen Betriebsmittelpreisen und nur langsam steigenden Erzeugerpreisen wird durch den Index „Terms of Trade der Landwirtschaft“ deutlich gemacht. Dabei werden Verkaufspreise und Einkaufspreise ins Verhältnis gesetzt. Steigt der Index, dann erhöhen sich die Verkaufspreise der Landwirtschaft schneller als die Betriebsmittelpreise, und umgekehrt.

**Terms of Trade der Landwirtschaft<sup>1</sup>**

	1976 <sup>2</sup>	1977	1978	1979	1980
	99,0	100,0	93,0	91,3	86,7

1 Verkaufspreisindex

2 Einkaufspreisindex X 100

2 Jeweils im Dezember, Index Jahresdurchschnitt 1976 = 100

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/81, S. 63)

Die Verschlechterung der landwirtschaftlichen „Terms of Trade“ betrifft die Bauern allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß. So erzielt bei den Vollerwerbsbetrieben das Viertel der Betriebe an der Spitze der Einkommensskala im Durchschnitt das Siebenfache des Gewinns, der durchschnittlich im untersten Viertel verdient wird. Wenn Durchschnittswerte genannt werden – 1979/80 belief sich der Gewinn je Familienarbeitskraft bei den Vollerwerbsbetrieben auf 24 309 DM – so muß diese große Streubreite im Auge behalten werden.

### 3.2 Steuern

Die Lohnsteuer war im Jahre 1980 wieder die Steuerart mit der höchsten Steigerungsrate. Das Aufkommen stieg etwa doppelt so rasch wie die Summe von Löhnen und Gehältern. Kaum weniger stark expandierten die vom Konsumenten zu tragenden Umsatzsteuern, insbesondere die Mehrwertsteuer. Dagegen erhöhten sich die Gewinnsteuern – veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer – trotz gestiegener Gewinne nur wenig.

**Steuereinnahmen des Staates<sup>1</sup>**

	1979 Mrd. DM	%	1980 Mrd. DM	%	1981 <sup>2</sup> Mrd. DM	%
Insgesamt	355,2	+ 7,2	377	+ 6	386	+ 2,5
darunter:						
Lohnsteuer	97,1	+ 5,5	111	+ 14,5	111	0
Umsatzsteuern <sup>2</sup>	84,2	+ 14,9	93	+ 10,5	98	+ 5
Veranlagte						
Einkommensteuer	37,6	+ 0,3	37	- 2	37,5	+ 2
Gewerbesteuer	25,1	+ 4,4	27	+ 7,5	27	+ 0,5
Mineralölsteuer	21,1	+ 3,3	21,5	+ 1	23,5	+ 10
Körperschaftsteuer	22,9	+ 15,6	22	- 3	23	+ 3,5
Vermögensteuer	4,5	- 0,9				

Schätzungen des Statistischen Bundesamtes eine Preissteigerungsrate von 5,4 Prozent.

#### Ausgewählte Preisindizes<sup>1</sup>

	Lebenshaltung	Industriepreise	Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandelspreise	Importpreise
1975	+6,0	+ 4,7	+13,3	+5,4	- 1,7
1976	+4,3	+ 3,9	+11,9	+3,5	+ 6,7
1977	+3,7	+ 2,6	- 4,5	+3,8	+ 1,6
1978	+2,7	+ 1,2	- 5,4	+2,4	- 5,2
1979	+4,1	+ 5,0	+ 2,1	+4,3	+12,9
1980	+5,5	+ 7,6	+ 1,7	+5,4	+17,1

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, Basis 1970 bzw. 1976  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Die Preisentwicklung der laufenden Jahres gibt wenig Anlaß zu Hoffnungen. Zunächst ist die „Vorbelastung“ aus dem vergangenen Jahr schon höher als die von den Unternehmern bis jetzt zugestandene Tarifertihöhung. Das heißt: Selbst wenn von Januar ab die Preise stabil bleiben würden, würde dies im Jahresdurchschnitt 1981 ein gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1980 um etwa 3 Prozent höheres Preisniveau bedeuten. Schon aus diesem Grund kann die von den Unternehmern aufgemachte Rechnung: stabile Löhne = stabile Preise nicht aufgehen.

#### Lebenshaltungsindex 1980/81

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Juli	+0,2	+5,5
August	+0,1	+5,5
September	0,0	+5,2
Oktober	+0,2	+5,1
November	+0,6	+5,3
Dezember	+0,6	+5,5
Januar	+0,8	+5,8

1 Basis 1976, alle Haushalte  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Zudem stehen massive Preiserhöhungen ins Haus. Dazu gehören die teilweise schon durchgeföhrten, teilweise angekündigten administrativen Preis- und Gebührenerhöhungen. Auch die Abwertung der DM in den letzten Monaten dient vor allem den Mineralölkonzerne als Begründung für Preiserhöhungen. Dies muß allerdings als bloßer Vorwand gewertet werden, da ja auch die in den letzten Jahren erfolgte Aufwertung der DM keineswegs Anlaß für Preissenkungen gewesen ist.

Schließlich sind auch Preiserhöhungen für Lebensmittel zu erwarten. Die Lebensmittelpreise sind in den letzten Jahren nur unterproportional gestiegen, eine Folge der verhaltenen Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Die berechtigten Forderungen der Bauern, die nicht bereit sind, dauerhaft sinkende Einkommen hinzunehmen, werden von den Handels- und Verarbeitungskonzernen zu massiven Verbraucherpreiserhöhungen genutzt werden.

Quantitativ begründete Prognosen für die Preisentwicklung des laufenden Jahres sind angesichts der Unsicherheiten in diesem Bereich kaum zu machen. Für die Lohnrunde ist jedoch davon auszugehen, daß die für 1980 errechnete Inflationsrate von 5,5 Prozent 1981 kaum unterschritten werden dürfte, wahrscheinlicher ist sogar noch eine leichte Beschleunigung.

#### 3.4 Einkommensverteilung

Der Konjunkturzyklus 1974–1980 war in seinem gesamten Verlauf durch den Rückgang der Lohnquoten, dem Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, gekennzeichnet. Das gilt selbst für die Bruttolohnquote (sie enthält Steuern und Abgaben), die in der Propaganda der Unternehmer immer eine wichtige Rolle spielt. In der folgenden Tabelle sei die Entwicklung der siebziger Jahre nochmals dargestellt, wobei leichte Veränderungen zu den entsprechenden Ziffern

vorangegangener Ausgaben der INFORMATIONEN ... auf nachträgliche Korrekturen des Statistischen Bundesamtes zurückzuführen sind.

#### Lohnquoten<sup>1</sup>

	Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit		Nettolohn- und Gehaltssumme	
	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote <sup>2</sup>	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote <sup>2</sup>
1950	58,4	58,4	45,4	45,4
1960	60,4	53,4	43,6	38,5
1970	67,8	55,7	44,4	36,5
1971	69,1	56,4	44,3	36,2
1972	69,5	56,5	44,3	36,0
1973	70,7	57,3	43,2	35,0
1974	72,6	58,9	43,5	35,3
1975	72,3	58,6	43,1	34,9
1976	71,3	57,5	41,1	33,3
1977	71,5	57,5	40,9	32,9
1978	70,8	56,7	40,8	32,6
1979	70,3	56,0	40,6	32,3
1980	71,1	56,4	40,4	32,1

1 Anteil der Einkommen der Lohnabhängigen am Volkseinkommen

2 Bereinigt auf Grundlage der Beschäftigtenstruktur von 1950  
(Quelle: „Informationen...“ 1/1980; DIW-Wochenbericht Nr. 4–5/1980; eigene Berechnungen)

Der leichte Anstieg der Bruttolohnquote im Jahre 1980 ist bereits wesentlich krisenbedingt. Die bereinigte Bruttolohnquote – sie spiegelt im Kern den kostenorientierten Gesichtspunkt der einzelnen Unternehmen wider – lag 1979 auf dem Stand von 1971 und knapp unter dem Stand von 1963. In diesen Jahren lag die Arbeitslosigkeit bei 0,8 Prozent, es herrschte ein Zustand der „Überbeschäftigung“ nach Lesart der Unternehmer.

Folgt man den Krisentherapien der Unternehmer und ihrer Vertreter im Lager der Wirtschaftswissenschaft, so müßte nach der gründlichen „Verteilungskorrektur“ der Jahre 1975 bis 1979 Hochkonjunktur, Preisstabilität und Vollbeschäftigung herrschen. Daß die Wirtschaft der Bundesrepublik immer noch mit schweren Strukturkrisen zu kämpfen hat und mitten in einer der schwersten zyklischen Krisen ihrer Geschichte steckt, muß von diesem Erklärungsansatz her völlig unverständlich sein.

Auch der Hinweis auf die Ölpreise kann da wenig fruchten. Diese stiegen erst ab Mitte 1979 – im Zuge der sich beschleunigenden Inflation in den kapitalistischen Ländern – nach einer längeren Periode der Stabilität seit 1974.

Daß die „Angebotsbedingungen“ der Wirtschaft, sprich: die Gewinnssituation der Unternehmen, seit der Krise 1974/75 kontinuierlich verbessert werden konnten, macht auch eine Rechnung deutlich, die voll vom Kostenstandpunkt der privaten Unternehmen ausgeht. Es ist die vom Sachverständigenrat berechnete Entwicklung der „Reallohnposition“ der Arbeiter und Angestellten. Sie verbessert sich, wenn die Reallohne stärker steigen als der „Verteilungsspielraum“ der Unternehmen. Dieser wird bestimmt durch die Entwicklung der Produktivität, einbezogen werden aber auch alle anderen „Kostenfaktoren“, wie die Einfuhrpreise (also auch die Rohölpreise) und selbst die „Kapitalkosten“ (= Gewinne). Der „Verteilungsspielraum“ bestimmt sich also erst nach Abzug sämtlicher anderen Kosten und der Gewinne auf der Grundlage einer unveränderten Profitrate. Anders formuliert: Die „Reallohnposition“ bleibt konstant, wenn die Unternehmer eine konstante Profitrate realisieren können. Ein Anstieg der Rohölpreise führt also zu einer Verengung des „Verteilungsspielraums“, dem sich die Lohnpolitik passiv anzupassen hat. Es ist vom Standpunkt des Sachverständigenrates selbstverständlich, die Lohnsteuern und Sozialabgaben einschließlich der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung als Bestandteil des Reallohns zu rechnen. Ebenso wird der Teil der Preissteigerungen, der auf Steuererhöhungen bei Verbrauchsteuern zurückzuführen ist, dem Reallohn zugerechnet: Der Begriff des „Reallohns“ im Verständnis des Sachverständigenrates hat also nichts mit dem oben berechneten Reallohn zu tun, der von der tatsächlichen Kaufkraft der Arbeitseinkommen ausgeht. Die Rechnung des Sachverständigenrates ist trotzdem interessant, weil sie die Absurdität der Unternehmerbehauptungen von den angeblich unzureichenden Gewinnen als Krisensache demonstriert.

Das Verhandlungsergebnis – 1 bis 4 Freischichten für ca. 60 Prozent der Schichtarbeiter und eine zusätzliche Freischicht für ältere Beschäftigte (vgl. Tabelle) – wurde vom Hauptvorstand der DPG nach langer Diskussion mit 31 von 40 abgegebenen Stimmen akzeptiert. Am Montag, dem 24. November, wurde wieder gearbeitet. In der Urabstimmung am 27./28. November 1980 stimmten nur 51,3 Prozent dem Verhandlungsergebnis zu, das offensichtlich von vielen Streikenden als unzureichend berachtet wurde.

Nach der Postgewerkschaft schlossen auch die ÖTV und die GdED im wesentlichen gleiche Regelungen für die 700 000 Schichtarbeiter im öffentlichen Dienst und die 160 000 bei der Bundesbahn ab.

Ebenfalls um Arbeitszeitverkürzung ging es bei dem eintägigen Warnstreik von ca. 3000 Journalisten in 229 Redaktionen am 14. November, der den Höhepunkt einer Kette von Aktionen bildete. Am 23. November 1980 konnten die Deutsche Journalisten-Union (IG Druck) und der

#### „Reallohnposition“ nach Sachverständigenratsberechnungen

	Index 1962 = 100	Veränderung in %
1970	101,7	+2,5
1971	103,0	+1,3
1972	102,8	-0,3
1973	103,4	+0,7
1974	105,1	+1,7
1975	102,8	-2,3
1976	101,2	-1,5
1977	101,1	-0,1
1978	100,5	-0,6
1979	99,7	-0,7
1980	99,7	-0,1

(Quelle: Jahrestatistik des Sachverständigenrates 1980/81, S. 217)

Deutsche Journalisten-Verband endlich den Durchbruch erzielen: die stufenweise Einführung der 40-Stunden-Woche bis 1984 für Tageszeitungsredakteure.

Nach dreieinhalb Wochen Streik konnte die Gewerkschaft Holz und Kunststoff im Fahrzeug- und Karosseriebauhandwerk in Niedersachsen eine Einkommensverbesserung von 6,7 Prozent, für die Streikenden ein Volumen von 7,1 Prozent erreichen. Wohl erstmalig in der Tarifgeschichte der Bundesrepublik wurde eine besondere Lohn erhöhung von 0,05 DM/Std. für die am Streik aktiv beteiligten Kollegen vereinbart (vgl. Tarifbericht des WSI Nr. 12/80).

Nach zahlreichen Warnstreiks und einer zentralen Demonstration in Köln wurde in der papier- und pappverarbeitenden Industrie von der IG Druck und Papier eine neue Lohnstruktur und damit eine höhere tarifliche Absicherung des Effektivlohnes durchgesetzt.

Eine langwierige Auseinandersetzung der deutschen Arbeiter bei den alliierten Stationierungsstreikkräften um eine Anpassung der Lohnstruktur an vergleichbare Bedingungen der Bundeswehr oder der Industrie und eine Abwehr geplanter Lohnkürzungen bis zu 12 Prozent endete Mitte Dezember mit einem Erfolg für die ÖTV. Nachdem rund 8000 ÖTV-Mitglieder in 30 Stützpunkten an Warnstreiks teilgenommen hatten, wurde am 10./12. Dezember 1980 eine Anpassung der Lohnstruktur für 17 000 Arbeiter an vergleichbare Tätigkeiten in der Industrie vereinbart.

Das Niveau der Tarifabschlüsse des letzten Quartals 1980 ist im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum eher gesunken bei gleichzeitigem Anstieg der Inflation. Hierin drückt sich auch schon der härtere Kurs der Unternehmerverbände in der Lohnpolitik aus, der vor allem von Gesamtmetall angeführt wird. Während die IG Metall Lohnforderungen von ca. 8 Prozent mit zusätzlichen Strukturverbesserungen forderte, hatten die Unternehmer schon vor Beginn der neuen Lohnrunde 1981 ihr Ziel massiv in der Öffentlichkeit vertreten, Abschlüsse nur um 2,5 Prozent zu vereinbaren, die faktisch einen erheblichen Reallohnabbau bedeuteten. Dieser Kurs wurde auch in den Verhandlungen im Januar und Februar fortgeführt.

Gegen diesen provokatorischen Kurs, insbesondere gegen die generelle Weigerung der Unternehmer, über eine Streichung der Lohngruppe 2 im Tarifbezirk Hamburg und Schleswig-Holstein zu verhandeln, streikten am 5. Februar 1981 über 2000 Kollegen aus 14 Betrieben und erneut ca. 10 000 Beschäftigte am 12. Februar in Hamburg, Bremen und mehreren Städten Schleswig-Holsteins.

Der 5,2-Prozent-Abschluß im Kraftfahrzeuggewerbe im Januar 1981 bedeutet die Hinnahme eines Reallohnverlustes für die Arbeiter und Angestellten. Dennoch wurde auch dieser Abschluß von den Unternehmern als „untragbar“ bezeichnet, um die Gewerkschaften zu noch größeren Zugeständnissen zu zwingen.

#### 3.5 Tarifaktionen

Die Tarifauseinandersetzungen im letzten Quartal 1980 waren vor allem durch den fünfjährigen Streik bei der Deutschen Bundespost geprägt. Die Postgewerkschaft hatte eine anderthalbfache Anrechnung der Nachtshiftarbeitszeit gefordert, während Bundespostminister Gschiedle nur 1 bis 3 zusätzliche Urlaubstage für nur ein Viertel der 200 000 Beschäftigten im Nacht- und Schichtdienst zubilligen wollte. Am 17. und 18. November 1980 erklärten nach zahlreichen vorangegangenen Warnstreiks 92,4 Prozent der Postler in einer Urabstimmung ihre Bereitschaft zum Streik. Bis zum 23. November 1980 streikten ca. 35 000 Postbedienstete und trafen den Postverkehr an den zentralen Verladestellen empfindlich. Die ca. 30stündigen Verhandlungen während des Streiks standen unter starkem politischen Druck der Bundesregierung, für die am 24. November der Bundeskanzler die Regierungserklärung verlesen wollte.

Das Verhandlungsergebnis – 1 bis 4 Freischichten für ca. 60 Prozent der Schichtarbeiter und eine zusätzliche Freischicht für ältere Beschäftigte (vgl. Tabelle) – wurde vom Hauptvorstand der DPG nach langer Diskussion mit 31 von 40 abgegebenen Stimmen akzeptiert. Am Montag, dem 24. November, wurde wieder gearbeitet. In der Urabstimmung am 27./28. November 1980 stimmten nur 51,3 Prozent dem Verhandlungsergebnis zu, das offensichtlich von vielen Streikenden als unzureichend berachtet wurde.

Nach der Postgewerkschaft schlossen auch die ÖTV und die GdED im wesentlichen gleiche Regelungen für die 700 000 Schichtarbeiter im öffentlichen Dienst und die 160 000 bei der Bundesbahn ab.

Ebenfalls um Arbeitszeitverkürzung ging es bei dem eintägigen Warnstreik von ca. 3000 Journalisten in 229 Redaktionen am 14. November, der den Höhepunkt einer Kette von Aktionen bildete. Am 23. November 1980 konnten die Deutsche Journalisten-Union (IG Druck) und der

	1979 In 1000	%	1980 In 1000	%	1981<sup>1</sup> In 1000	%


<tbl\_r cells="7" ix="2" maxcspan="1" max

## Tarifabschlüsse November/Dezember/Januar 1980/81

Gewerkschaft	Branche (Beschäftigte)	Abschluß	Inhalt
IG Bergbau	Braunkohlen-bergbau (16300)	Oktober	6,9 Prozent
IG Druck und Papier	papier- und pappe- verarbeitende Industrie (81700)	November	neue Lohnstruktur mit höherer tarifl. Absicherung des Effektivlohns
GHK	Fahrzeug- und Karosseriebauer-handwerk (1700)	November	6,7 % (Ecklohn) sowie 0,05 DM pro Std. Zulage für Streikende
DPG	Bundespost (210000)	November	1 bis 4 Freischichten bzw. Urlaubstage für regelmäßige Wechselschichtler 1 zusätzliche Freischicht ab 1. 1. 82 für Besch. ab 55 Lj. (ab 83 ab 50 Lj.)
GdED	Bundesbahn (155000)	"	
ÖTV	Öffentl. Dienst (2 Mio.)	"	
GHK	Tischlerhandwerk Niedersachsen (14600)	November	7,2 %
NGG	Fleischerhandwerk NRW (31000)	November	6,0 %
NGG	Hotel- und Gast-stättengewerbe Bayern) (154700)	November	5,9 %
Gew. Leder	Schuhindustrie (44600)	Dezember	6,54 %
Gew. Leder	Lederwaren (17200)	Dezember	5,6 %
NGG	Brauereien (38800)	Dezember	zwischen 6,8 bis 7 %
IGM/HBV	Kraftfahrzeug-gewerbe NRW (48100)	Januar	5,2 %

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen des IMSF

Trotz der im Jahresschnitt noch gestiegenen Beschäftigtenzahlen ist die registrierte Arbeitslosigkeit schon 1980 wieder angestiegen. Dabei haben sich die Zahlen in den letzten Monaten sprunghaft erhöht, was nur teilweise auf Saisoneinflüsse zurückzuführen ist.

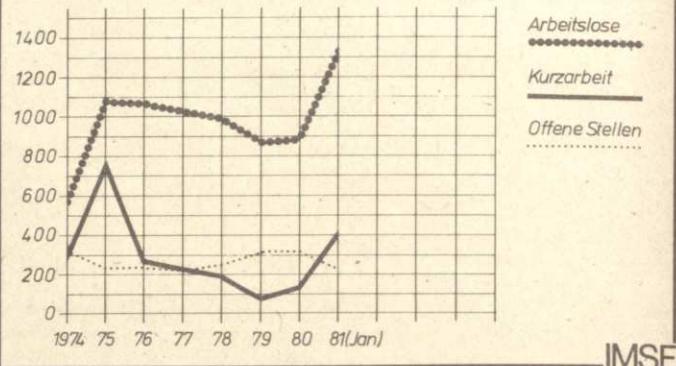
## Arbeitsmarkt

	Arbeitslose (1)	Kurzarbeiter (2)	Offene Stellen (1)	Offene Stellen (2)
1974	582	+309	292	+248
1975	1074	+492	773	+481
1976	1060	- 14	277	- 496
1977	1030	- 30	231	- 46
1978	993	- 37	191	- 40
1979	876	- 117	88	- 103
1980	889	+ 13	137	+ 49
Jan. 1981	1309	+272	402	+304

(1) In 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Schon jetzt ist klar, daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit von 1975/76 deutlich überschritten werden wird.

## Arbeitsmarkt in Tausend



IMSF

Auch die „Stille Reserve“ nichtregistrierter Arbeitsloser wird wieder wachsen. Bezieht man diese geschätzte Dunkelziffer ein, dann wird im Jahresverlauf von 1981 die Zweimillionengrenze von Arbeitslosen erreicht werden. Dabei ist die „exportierte“ Arbeitslosigkeit, die Abwanderung von Ausländern seit 1973, außer Betracht gelassen.

Diese Entwicklung hat die Bundesregierung veranlaßt, nun auch offiziell die Vollbeschäftigung als Ziel fallenzulassen. Bundesfinanzminister Matthöfer äußerte dies in seiner Einbringungsrede zum Bundeshaushalt 1981 vor dem Bundestag: „In einer Welt, in der die Mehrheit der Menschheit um das Existenzminimum ringen muß..., kann es auch für die wohlhabenderen Völker keine selbstverständliche Vollbeschäftigungsgarantie mehr geben“ (Das Parlament, 6/1981).

## Tatsächliche Arbeitslosigkeit

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Registrierte Arbeitslose	149	185	246	273	582	1074
„Stille Reserve“	0	92	147	156	206	480
Insgesamt	149	277	393	429	788	1554
	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Registrierte Arbeitslose	1060	1030	993	876	889	1215
„Stille Reserve“	561	613	591	579	635	700
Insgesamt	1621	1643	1584	1455	1524	1915

1 In 1000

2 Schätzung des DIW bzw. eigene Schätzung

(Quelle: Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1980/81, S. 61)

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main  
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 20. 2. 1981. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementsspreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.